

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/191

5. Oktober 1976

Schlußfolgerungen aus dem 3. Oktober

Sechs Punkte aktueller sozialdemokratischer Überlegungen

Von Hans Koschnick

Stellv. Vorsitzender der SPD und Bürgermeister von Bremen

Seite 1 und 2 / 62 Zeilen

Wir zerbrechen uns nicht Kohle Kopf I

Ob er in Mainz bleibt oder nach Bonn geht: In Rheinland-Pfalz muß endlich wieder regiert werden

Von Karl Thorwirth MdL

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz und Mitglied des Parteirates der SPD

Seite 3 und 4 / 48 Zeilen

Frauen im Bundestag: Kein Durchbruch, aber ein Erfolg

Die Zahl der weiblichen Abgeordneten in der SPD-Fraktion blieb stabil

Von Anni Jansen

Frauenreferentin beim Vorstand der SPD

Seite 5 / 37 Zeilen

Die Front der Anständigkeit

Zum 70. Geburtstag von Waldemar von Knoeringen

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

Landesvorsitzender der SPD Bayern, Mitglied des SPD-Präsidiums und Bundesjustizminister

Seite 6 und 7 / 55 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 408
Presshaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 50 97 - 58
Telex: 06 86 648-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Schlußfolgerungen aus dem 3. Oktober

Sechs Punkte aktueller sozialdemokratischer Überlegungen

Von Hans Koehn

Stellv. Vorsitzender der SPD und Bürgermeister von Bremen

Heute, zwei Tage nach der Bundestagswahl, nachdem die Pulverschwaden abgezogen sind, läßt sich das Schlachtfeld klarer überblicken als dies in den ersten Kommentaren in der Wahlnacht möglich war. Die Durchsicht der Zehntabellen und der Vergleich mit den Bundestagswahlen 1969 und 1972 und den zurückliegenden Landtagswahlen erlaubt folgende Schlußfolgerungen.

1/ Die von den Parteien der sozialliberalen Koalition erreichte Mehrheit von acht Mandaten ist stabiler als die Regierungsmehrheit von 1969.

In einer Reihe von Kommentaren wird behauptet, daß die Mehrheit der Koalition noch knapper als 1969 sei, als SPD und FDP 12 Mandate mehr erreichten als die CDU/CSU. Dies ist nur rein rechnerisch richtig, politisch ist es falsch. Es wird dabei vergessen, daß drei auf den Listen der FDP gewählte Abgeordnete - nämlich die Herren Mende, Starke und Zogelmann - sich von Anfang an nicht zur Regierungsmehrheit rechneten und auch sehr bald ihrer Partei den Rücken kehrten. Die erste Regierung Brandt konnte damit von allem Anfang an nur auf eine Mehrheit von sechs Stimmen im Bundestag zählen. Mit dieser Mehrheit, die im Laufe der Legislaturperiode noch geringer wurde, konnte dennoch eine Reihe von wichtigen Gesetzgebungsvorhaben im Bundestag gegen die Stimmen der Opposition verabschiedet werden.

2/ Die sozialliberale Koalition ruht nicht nur auf dem bereits vor der Wahl verkündeten Willen der beiden Parteien, auch nach dem 3. Oktober zusammenzuarbeiten, sondern sie hat auch ein Fundament in der Wählerschaft.

Die Befragungen der letzten Jahre wie auch die Wahlergebnisse von 1972 und 1976 legen den Schluß nahe, daß sich die Koalitionsparteien nicht nur auf einen überzeugten Stamm von SPD- und FDP-Wählern stützen können, sondern daß es auch eine Gruppe gibt, die man als "sozialliberal" oder als "Koalitionswähler" etikettieren könnte. Sie sind weniger auf eine der beiden Parteien als vielmehr auf diese Koalition festgelegt und offensichtlich davon überzeugt, daß man die CDU/CSU von der Macht fernhalten müsse. Man kann z.B. feststellen, daß die FDP ihre größten Einbußen dort hinnehmen mußte, wo sie 1972 am stärksten war. Interessant ist, daß dies mit relativ geringen Einbußen der SPD korrespondiert. Man darf wohl annehmen, daß diese Wähler der

Koalitionspartei ihre Stimmen geben, die sie im Augenblick am stärksten unterstützen wollen.

3/ Mobilisierend für die Wähler der sozialliberalen Koalition waren ganz unzweifelhaft die im Laufe des September auch für die Wähler einsehbar werdende Sorge um den Schutz des sozialen Friedens und einer bewußten Entspannungspolitik sowie der unerhört kämpferische Einsatz von Helmut Schmidt und Willy Brandt.

4/ Prof. Kurt Biedenkopf ist im Ruhrgebiet mit seinem Filzokratis-Feldzug gescheitert.

Die Wahl der Gewerkschaften als Ersatzgegner hat sich für die CDU nicht ausgezahlt. Das liegt wohl auch daran, daß dies ein Schnitt ins eigene Fleisch war: Christliche Demokraten sind bis in die Spitzen fast aller Gewerkschaften geachtete Kollegen der sozialdemokratisch orientierten Arbeitnehmervertreter. Viele von ihnen sind durch die Kampagne des CDU-Generalsekretärs in einen für sie ausweglosen Rollenkonflikt gestürzt worden; einige haben daraus bereits die Konsequenz gezogen und sind aus der CDU ausgetreten. Im übrigen ist der Filzokratie-Vorwurf im Ruhrgebiet auch deswegen schneidend, weil die Bürger dort wissen, daß die CDU nicht nur an der Gewerkschaftsmacht partizipiert, sondern in den meisten Städten dieser Region auch die ihrer Stärke entsprechende politische Verantwortung trägt. Im Gegensatz zu der CDU/CSU-Praxis in vielen "schwarzen" Gebieten, haben nämlich die Sozialdemokraten an Ruhr und Rhein die CDU-Kommunalpolitiker an der gemeinsamen Verantwortung für die Kommunen beteiligt. Im übrigen kann man die Menschen an der Ruhr nicht managen oder gar kommandieren, man muß sie überzeugen, und das gelingt gestandenen Arbeitnehmervertretern halt doch besser als einem zugereisten Großbürger.

Zum günstigen Abschneiden der SPD im Ruhrgebiet hat aber auch sicherlich die "Zeitung am Sonntag" einen beachtlichen Beitrag geleistet, sie war vielfach Kern und Motor der sozialdemokratischen Mobilisierungskampagne.

5/ Die Wahlergebnisse in Süddeutschland, vor allem in Bayern, haben uns Sozialdemokraten alarmiert und zwingen uns zu ernsthaften Überlegungen, wie wir unsere Position in dieser Region verstärken können.

Zwar mag das bayerische Ergebnis zu unseren Ungunsten durch die Münchener Querelen beeinflusst worden sein, aber wir würden es uns zu leicht machen, uns damit zufriedenzugeben. Die Verluste von Wahlkreisen wie Fürth, Augsburg und Coburg und die Tatsache, daß wir uns in Nürnberg nur knapp behaupten konnten, beweisen m.E., daß wir der CSU organisatorisch und finanziell nicht gewachsen waren. In Baden-Württemberg ist die Situation trotz unseres dort besseren Abschneidens nicht wesentlich anders. Die SPD wird diese Probleme in den nächsten zwei Jahren ernsthaft anpacken müssen.

6/ Die sog. "Südschiene" der CDU/CSU ist aus diesen Wahlen gestärkt hervorgegangen. Dies wird Konsequenzen für die politische Orientierung der CDU/CSU haben.

Den starken Zugewinnen der CSU und CDU in Bayern, Hessen und auch in Baden-Württemberg steht ein mehr als mäßiges Abschneiden der CDU in Norddeutschland gegenüber. Damit sind die politischen Kräfteverhältnisse innerhalb der Partei verschoben. Von den 135 direkt gewählten CDU/CSU-Abgeordneten kommen allein 72, also mehr als die Hälfte, aus Bayern und Baden-Württemberg! Franz Josef Strauß müßte ein anderer werden, wenn er in den kommenden innerparteilichen Auseinandersetzungen diesen Knüppel nicht kräftig schwingen würde.

(-/5.10.1976/va/pr/ee)

+ + +

Wir zerbrechen uns nicht Kohls Kopf !

Ob er in Mainz bleibt oder nach Bonn geht: In
Rheinland-Pfalz muß endlich wieder regiert werden

Von Karl Thorwirth MdL
Vorsitzender der SPD-Fraktion im
Landtag von Rheinland-Pfalz und Mitglied des Parteirates der SPD

Bleibt Kohl oder bleibt er nicht? Das ist seit dem Bekanntwerden der
Meldungen am Wahlabend, wonach Kohl sein erklärtes Ziel verfehlt hat, die
SPD/FDP-Bundesregierung durch eine absolute Mehrheit der CDU/CSU abzulösen,
das Thema bei der rheinland-pfälzischen CDU - aber gewiß nicht nur bei ihr.

Die sozialdemokratische Opposition im rheinland-pfälzischen Landtag
wird und will sich an den Spekulationen, ob Dr. Helmut Kohl seinen Anspruch
auf Führung der Bonner Opposition ernstnimmt, oder nach dem Motto "Mainzer
Regierungsfreiheit statt Bonner Oppositionerisiko" in seinem Amt als Mini-
sterpräsidenten bleibt, nicht beteiligen. Keinen Augenblick lang kann und
will die SPD sich Kohls Kopf über diese Fragen zerbrechen. Nur, es ist
höchste Zeit, daß Dr. Kohl sich endlich entscheidet und vor den Wählern, wie
auch vor seinen eigenen Freunden in CDU und CSU nicht länger kneift: Vor
dem 3. Oktober ist er nämlich allen Fragen (ob aus den eigenen Reihen oder
aus der Mainzer Opposition), wie er es eigentlich mit seinen Ämtern und
auch mit seinen parlamentarischen Mandaten in Landtag und Bundestag zu hel-
ten gedenke, mit einer für ihn sonst nicht typischen Konsequenz ausgewichen.
Niemand sollte wissen dürfen, woran er sei. Jedenfalls nicht vor dem 3. Ok-
tober.

Die rheinland-pfälzischen Wähler haben das Ausweichmanöver des Dr.
Helmut Kohl am letzten Sonntag nicht honoriert. Sie haben dafür gesorgt,
daß sich die Kohl-Wahl der Landtagswahlen vom Frühjahr 1975 nicht wieder-
holte. Selbst wenn Kohl heute sagt, die Union habe in Rheinland-Pfalz ihr
drittbestes Wahlergebnis seit 1949 erzielt (die SPD erreichte ihr zweit-
bestes Resultat nach dem Rekord von 1972), so wird doch verschwiegen, daß

z.B. die CDU schon im Jahre 1949 in Rheinland-Pfalz mit einem Anteil von 49 vH bei den Bundestagswahlen begonnen hatte, während die SPD damals mit rund 28 vH startete und jetzt bei rund 42 vH liegt.

Tatsächlich hat Kohl mit dem Vertrauen, das ihm mit einem Anteil von 53,9 vH der Stimmen bei den Landtagswahlen vor eineinhalb Jahren zugeflossen war, nichts angefangen, denn seither wurde alles, aber auch alles, in den Dienst bundesweiter CDU-Ambitionen des Regierungschefs und seiner nach Bonn schielenden Mainzer Mannschaft gestellt. Das Ringen um die Probleme im eigenen Land hatte zurückzutreten hinter einem rein politischen Schau-geschäft.

Vielleicht war die nicht mehr zu übersehende Vernachlässigung der landespolitischen Pflicht durch Ministerpräsident Kohl und die meisten Kabinettsmitglieder schuld daran, daß Kohl bei der Bundestagswahl von der höheren Wahlbeteiligung nicht mehr profitierte als die kleine FDP: Von rund 300.000 zusätzlichen Stimmen erzielte die CDU 68.000, die FDP 64.000, die SPD aber fast zwei Drittel, nämlich 198.000.

Kohl möge in Mainz bleiben, wenn er meint, aus der Etappe besser agieren zu können als von der parlamentarischen "Front" aus. Er soll aber auch ruhig nach Bonn, wenn er meint, Herrn Carstens als Oppositionsführer doch noch ablösen zu können, obwohl dieser aus dem Mund des Herrn Ex-Kanzlerkandidaten Rainer Candidus Barzel seine Wiederernennung in "Monitor" serviert bekam. Nur eines wird die Opposition im Mainzer Landtag nicht zulassen: Daß Herr Kohl seine Amtspflicht zeitlich und auch weiterhin so schleifen läßt, wie er es in den letzten 15 Monaten getan hat!

(-/5.10.1976/va/pr/ee)

+ + +

Frauen im Bundestag: Kein Durchbruch, aber ein Erfolg

Die Zahl der weiblichen Abgeordneten in der SPD-Fraktion blieb stabil

Von Anni Jensen

Frauenreferentin beim Vorstand der SPD

Der SPD-Fraktion des VIII. Deutschen Bundestages werden 15 Frauen angehören. Wenn es bei der bisher erreichten Sitzverteilung für die SPD bleibt (213 plus 10 Berliner Abgeordnete), beträgt der weibliche Anteil 6,9 vH. Damit bleibt die Anzahl der Frauen im Vergleich zur 7. Legislaturperiode konstant, während sich der Prozentsatz leicht erhöhte.

Elf der 15 weiblichen SPD-Abgeordneten kommen über eine Wahlkreiskandidatur nach Bonn; davon fünf über ein Direktmandat und sechs über eine zusätzliche Absicherung auf den Landeslisten. Über die Landeslisten - ohne Wahlkreiskandidatur - erhalten drei Frauen ihr Mandat. Marie Schlei wird vom Berliner Abgeordnetenhaus in den Bundestag entsandt.

Der große Durchbruch der Frauen ist also ausgeblieben. Trotzdem muß als Erfolg gewertet werden, daß bei dem im Vergleich zu 1972 ungünstigeren Wahlergebnis für die SPD die Zahl der weiblichen Abgeordneten stabil blieb. Für die Frauen in der SPD scheint das Ziel, ein Bundestagsmandat zu erhalten, am ehesten über eine Wahlkreiskandidatur erreichbar zu sein, weil damit in der Regel eine ausreichende Absicherung auf den Landeslisten einhergeht. Nur eine Wahlkreiskandidatin hatte in Bayern einen so ungünstigen Listenplatz, daß sie das Mandat nicht erhielt.

Fast ein Viertel der "weiblichen SPD-Fraktion" nimmt zum erstenmal einen Parlamentssitz in Bonn ein. Dies ist allerdings nicht mit parlamentarischer Unerfahrenheit gleichzusetzen. Brigitte Traupe und Dr. Liesel Hartmann sind beide Vorsitzende von SPD-Stadtratsfraktionen; Brigitte Erlar kennt als frühere Abgeordneten-Assistentin das Geschehen in Bonn aus eigener Erfahrung und Heide Simonis ist Mitglied der Kieler Ratversammlung. Alle Newcomer haben ein abgeschlossenes Hochschulstudium aufzuweisen, verfügen über Berufserfahrung und sind Gewerkschaftsmitglieder. Drei von ihnen repräsentieren die Nachkriegsgeneration der 40er Jahre, sind verheiratet - ohne Kinder.

Dieser Zuwachs an jungen Frauen wird die erfahrenen Parlamentarierinnen vor eine zusätzliche Aufgabe stellen, nämlich der Integration der "Neuen" in die Arbeit der Frauengruppe. Neben der parlamentarisch-fachlichen Arbeit haben sich die Frauen der Fraktion eine weitere Arbeit aufgelastet: die Verwirklichung des Gleichberechtigungsanspruchs ihrer Wählerinnen.

(-/5.10.1976/kr/pr)

+ + +

Die Front der Anständigkeit

Zum 70. Geburtstag von Waldemar von Knoeringen

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Landesvorsitzender der SPD Bayern, Mitglied des
SPD-Präsidiums und Bundesjustizminister

Am Mittwoch wäre Waldemar von Knoeringen 70 Jahre alt geworden; vor fünf Jahren - knapp vor seinem 65. Geburtstag - haben wir ihn an der Seite Georg von Vollmers, seinem großen Vorbild, bestattet. Wir spüren heute noch stärker als damals, wie sehr uns dieser Mann fehlt und was er für Bayern und Deutschland getan hat. Knoeringen gehörte jener Generation an, die die Klammer zwischen der Weimarer Republik, der Zeit des Widerstandes und der des Wiederaufbaus bildet. Die Erfahrungen mit der Hitlerpartei und mit dem Stalinismus führten zur festen Überzeugung, daß sich die Demokratie nur dann auf die Dauer behaupten kann, wenn sie auf eine breite und feste Basis überzeugter Demokraten aufgebaut ist.

Nach der nazistischen Machtübernahme entzog sich der junge Waldemar von Knoeringen der drohenden Verhaftung durch die Flucht in die Tschecoslowakei. Von dem Böhmerwaldstädtchen Neuern und später aus Österreich und Frankreich blieb er in engem Kontakt mit sozialdemokratischen Widerstandsgruppen in Bayern. Viele seiner Freunde bezahlten ihre Freiheitsliebe mit dem Tode. Knoeringen beschäftigte sich Zeit seines Lebens mit der Frage, welche Kraft diese Menschen bewegte, freiwillig ihr Leben zu opfern.

In einem Aufsatz zur 20. Wiederkehr des Kriegsendes zitierte Knoeringen den letzten Gruß eines zum Tode verurteilten Sozialdemokraten. Es hieß darin: "Begrabt den Haß, das Ziel ist ein höheres. Wir bereiten den Boden für eine bessere, friedlichere Zukunft, für eine neue Menschlichkeit." Das Vermächtnis dieser Widerstandskämpfer vergessen, so meinte Knoeringen, "hieß die Demokratie verraten". Diese neue Menschlichkeit sei nach zwei Jahrzehnten "des vorwiegend materiellen Wiederaufbaus" noch nicht zur gesellschaftlichen Tatsache geworden. Knoeringen rief nach einer "Front der

Anständigkeit" und verlangte, daß die moralischen Fundamente, "mit denen sich die ermordeten Demokraten bis zuletzt beschäftigt haben", nicht verkümmern dürfen. "Erheben wir die Front der Anständigkeit zum bestimmenden Faktor aller Politik. Dann, nur dann wird auch bei uns die Demokratie eine fest verankerte Staatsform sein, an deren humanitären Geist die Totalitarismen revolutionärer und evolutionärer Art zerbrechen."

Knoeringen begnügte sich keineswegs nur damit, ein Seher und Rufer zu sein, er versuchte vielmehr, durch praktische Politik seine Gedanken in die Tat umzusetzen. Als Abgeordneter im bayerischen Landtag, dem er von 1946 bis 1970 angehörte, als Mitglied des Bundestages, als Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD in Bayern, als stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD und schließlich als Direktor der Georg von Vollmar Akademie brachte er vieles in Bewegung. Zahlreiche seiner Anregungen und Ideen konnten verwirklicht werden; der Kernforderung, nämlich die "Front der Anständigkeit zum bestimmenden Faktor aller Politik" zu machen, sind wir jedoch weiter denn je entfernt. Dies hat gerade jetzt mit einer brutalen Deutlichkeit der hinter uns liegende Wahlkampf gezeigt. Der von den CDU/CSU-Propagandisten entfesselte Fanatismus hat in ernüchternder Weise gezeigt, daß alle bitteren Erfahrungen der Vergangenheit nicht dazu geführt haben, Intoleranz, Dummheit und Haß aus der politischen Auseinandersetzung zu entfernen. Der Grundstoff für die Herrschaft der Unmenschlichkeit ist nach wie vor unter uns; welche Farbe er trägt, ist dabei eher eine Frage des Zufalls.

Gerade in diesen Tagen ist es deshalb angebracht, sich auf Waldemar von Knoeringen und seine sittlichen Positionen zu besinnen. Sein Ziel, die Front der Anständigkeit zum bestimmenden Faktor aller Politik zu machen, liegt vielleicht in einer weiteren Ferne als er vermutete; aber anstreben muß man es. Wenn dies nicht in allen demokratischen Lagern geschieht, dann bleiben schließlich zwei große feindliche Blöcke übrig, wobei jeder auf die Vernichtung des anderen aus ist. Das aber wäre das Ende der Demokratie und der Freiheit. (~/5.10.1976/vd/pr/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller